

Israel zwischen den Fronten [Bruno Frei]

Autor(en): **H.H.**

Objektyp: **BookReview**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **60 (1966)**

Heft 2

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ich möchte meinen Landsleuten sagen, daß sie, wenn ihnen wirklich das Schicksal der Weißen in Rhodesien am Herzen liegt, ihnen die Wahrheit sagen sollten. Und die Wahrheit ist wirklich sehr einfach. Sie heißt nicht, daß es für den weißen Mann in Afrika keine Zukunft geben kann, sie heißt, daß dort eine anregendere und bereicherndere Zukunft liegt als irgendwo für jeden — für Europäer, Asiaten oder Afrikaner, der zugibt, daß Afrika heute, nicht morgen, sein Schicksal entscheidet. Und nach meiner Meinung ist es Christenpflicht, dieser Zukunft alle Kraft zu leihen. Observer, 19. 12. 1965

Bruno Frei: Israel zwischen den Fronten

(Europa-Verlag 1965, in der Reihe «Europäische Perspektiven». 200 Seiten)

Der Staat Israel ist eine besondere Erscheinung. Seine Bedeutung reicht über seine Grenzen weit hinaus. Aber das wird mehr gefühlt als gewußt. Darum ist dieses Buch von besonderem Wert, weil es dem Leser zu einem klaren Einblick verhilft in seine Probleme und Aufgaben, in die Beziehung zwischen ihm und den Juden außerhalb seiner Grenzen, in seine rechtliche und politische Stellung im Raum der arabischen Völkerwelt.

Der Autor: Wer ihn nicht kennt, den belehrt die Kurzbiographie auf der letzten Seite: 1897 geboren, Dr. phil. der Wiener Universität . . . Auslandskorrespondent . . . Chefredaktor der Tageszeitung «Berlin am Morgen» . . . Mitarbeiter der «Weltbühne» Carl von Ossietzkys. 1933 Emigration nach Frankreich. Zwei Jahre KZ Vernet. Asyl in Mexiko. 1948 bis 1956 Chefredaktor des «Abends» in Wien. Mehrjähriger Aufenthalt in China. 1959 bis 1965 Herausgeber der Monatschrift «Tagebuch» in Wien. — Er ergänzt seine Biographie in einem persönlichen Vorwort, das durch seine absolute Aufrichtigkeit den Leser gewinnt und durch seinen Inhalt den Rahmen des nur Persönlichen sprengt: Es zeigt den Weg des Knaben vom fromm-jüdischen Milieu des Elternhauses weg in den Sozialismus. Er identifiziert sich mit der Arbeiterbewegung, nicht mit dem Judentum. Indessen Auschwitz — d. i. die versuchte Ausrottung des Judentums — «zwang mir ein Bewußtsein der Zugehörigkeit auf, das ich ausgelöscht geglaubt hatte». — Er atmet auf, als die Sowjetunion in der entscheidenden Sitzung des Völkerbundes die Gründung des Staates Israel ausdrücklich gutheißt. «Der Konflikt der Loyalitäten war gelöst.» — Aber Israel erfüllt nicht Seine Erwartungen. Statt sich mit den jungen Völkern, die das Joch des Kapitalismus abschütteln, zu solidarisieren, gerät es immer mehr unter den Einfluß der kapitalistischen Staaten. Muß das sein? Um zu einem Urteil zu kommen, wird die Reise nach Israel unternommen. Ihr Ergebnis ist dieses Buch. «Ausgehend von der historischen, politischen und moralischen Notwendigkeit, die staatliche Existenz Israels über jeden Zweifel zu erheben, versuche ich einige Probleme

dieses Landes zwischen den Fronten vorzutragen . . .» Es geschieht in eindrucklich klarer, gegliederter Darlegung, die durch ein minutiöses Quellenregister und durch den Abdruck wichtiger politischer Dokumente untermauert wird. Es können hier nur einige davon kurz gestreift werden:

Eine Nation im Werden. Die jüdische Einwanderung besteht aus sehr verschiedenen Gruppen. Die aus Nordafrika kommen, aus den arabischen Staaten, aus Indien, sind von den Juden aus dem europäisch-amerikanischen Kulturkreis ungemein verschieden. Frei faßt sie in die zwei Hauptgruppen der «orientalischen» und der «europäischen» Juden zusammen. Die letzteren waren und sind noch die führende Schicht. Da sich dies auch klassenmäßig auswirkt — Stellung, Einkommen! — «muß verhindert werden, daß ethnische Grenzen zu Klassengrenzen erstarren». Das Problem ist um so dringlicher, als das Verhältnis der beiden Hauptgruppen sich dauernd verschiebt. Zahlenmäßig nehmen die Orientalen ständig zu, vor allem durch die weitaus größere Geburtenzahl in deren Familien. Offizielle Stellen haben errechnet, «daß in 15 Jahren 75 Prozent der Juden Israels afro-asiatischer Abkunft sein werden». Hoffnungen, die man auf einen Verschmelzungsprozeß setzte (gemischte Ehen, gemischte Schulen, das Heer), scheinen sich nicht zu erfüllen. So ist «das ernsteste Problem Israels die Aufgabe, die beiden ethnischen Hauptgruppen zu integrieren».

Die Kibbuzim. Sie sind sozialistische Inseln in einer kapitalistischen Umwelt. Nach einer instruktiven Schilderung eines bestimmten Kibbuz untersucht der Autor ihren Anteil an der israelischen Wirtschaft und ihre Zukunftsaussichten. Ihr Anteil an der landwirtschaftlichen Produktion ist wesentlich (70 Prozent der Gesamtproduktion), an der Industrie gering. Ihr erzieherischer Wert ist bedeutend. Sie stehen unter dem Schutz der führenden linken Parteien und der Regierung. Aber die neuen Einwanderer ziehen es vor, in die kapitalistische Industrie zu gehen. Die Kibbuzim sind genötigt, sich Industrien anzugliedern, auch mit Hilfe der Beteiligung von Kapitalisten, in denen dann Lohnarbeiter beschäftigt werden, was ihren sozialistischen Gehalt verwässert. Ihr Geist ist nicht mehr derselbe wie früher, der Generationswechsel trägt auch dazu bei, und die alte Garde klagt über den Verlust des Pionierideals. So sind ihre Chancen für die Zukunft problematisch.

Aus den interessanten Ausführungen über *Staat und Kirche* sei hier nur angeführt, daß dieses Verhältnis dadurch besonders verwickelt ist, daß der Orthodoxie als Zünglein an der Waage innerhalb der Koalition ein weitaus größerer Einfluß eingeräumt werden mußte, als ihr zahlenmäßig zukommen würde. Daraus ergaben sich groteske Dinge. In Ehe- und Scheidungssachen zum Beispiel (diese unterstehen ausschließlich den Rabbinaten, die nach der Thora entscheiden. Es gibt keine Zivilehe), in den Fragen des Kaschruth (der jüdischen Speise-

gesetze), auch in Alltagsfragen. So haben zum Beispiel die Tel Aviver Einwohner in dem langen Sommer am freien Samstag (der hier den Sonntag vertritt) keinen Autobusverkehr zu den Meerbädern. Denn die Busse dürfen am Samstag nicht fahren. Auch der Bahnverkehr ruht völlig an diesem Tag.

Eine Untersuchung über die *ökonomische Lage* fehlt nicht in dem Band. Sie ist gekennzeichnet durch die außergewöhnliche Wirtschaftsexpansion des kleinen und armen Landes. Ihre Quellen werden aufgezeigt — Masseneinwanderung, Kapitalimport —, und es wird versucht, eine Prognose zu stellen. «Der Boom» heißt bezeichnenderweise dieses Kapitel.

Der *Streit um das Jordanwasser* wird in seinen israelischen und arabischen Argumenten dargelegt. Die Untersuchung mündet in die Einsicht, daß dieser Streit, der eine Kriegsgefahr in sich birgt, «nur im Rahmen einer Gesamtbereinigung des israelisch-arabischen Verhältnisses dauerhaft zu lösen ist». Denn:

«Nicht der Streit um die Rechte der Anrainerstaaten an einem internationalen Gewässer bildet die Gefahr, sondern die Anomalie, daß ein unabhängiger Staat, Mitglied der UNO, 16 Jahre nach seiner Gründung von Nachbarn eingekreist ist, die ihn als nicht existent betrachten. Waffenstillstand ist nur Unterbrechung des Kriegszustandes, aber kein Friede. Ein Wiederaufleben des Krieges in diesem spannungsgeladenen Raum bringt den Weltfrieden in Gefahr. Es muß alles unternommen werden — in erster Linie von den unmittelbar Beteiligten, von Israel und den arabischen Staaten —, um eine Gesamtbereinigung herbeizuführen, die dem unnatürlichen und gefährlichen Zustand des Krieges auf Abruf ein Ende setzt.»

Damit sind wir mitten im Hauptproblem Israels, dem *Verhältnis zu seinen arabischen Nachbarn*, das auch das Zentrum des Buches bildet. Die Meinung des Autors geht aus dem vorstehenden Zitat klar hervor. Der Wichtigkeit des Themas wird er durch die Ausführlichkeit der Darstellung gerecht. Die völkerrechtliche Grundlage der Entstehung des Staates Israel wird ausgeführt. Die sich gegenseitig steigernde nationalistische Stimmung in beiden Lagern wird gezeigt. Die Frage der arabischen Flüchtlinge, wie es dazu kam, und die Lösungsvorschläge werden diskutiert. Die Stellungnahme der Großmächte wird dargelegt, ihre Motive werden beleuchtet und kritisiert. Der Abdruck wichtiger politischer Dokumente im Anhang ergänzt seine Ausführungen. Sie gipfeln in der Einsicht,

«daß es keine andere Alternative gibt als die politische Lösung. Wenn die jetzt lebende Generation nicht fähig ist, den Ausgleich der Interessen durch Verhandlungen herbeizuführen, die kommende Generation wird dieser Aufgabe besser gewachsen sein — falls Zeit dafür bleibt.»

Um zu Verhandlungen zu gelangen, fordert Frei von Israel, dem Land «zwischen den Fronten», als Vorleistung die Aufgabe seiner «einseitigen Orientierung auf die USA» und die Hinwendung zu einer Politik der positiven Neutralität, sich zugesellend der blockfreien «Dritten Welt».

Diese Ausführungen sind das politische Kernstück des wertvollen Bandes, der dem Leser ein gutes Fundament gibt zur Beurteilung Israels und der Vorgänge in seiner näheren Umwelt. H. H.

Ein englischer Labour-Abgeordneter über Vietnam

Ein Brief von K. Zilliacus an den «New Statesman» (14. Januar 1966) enthält bemerkenswerte Vorschläge über eine Beendigung der Kämpfe in Vietnam.

... «Die amerikanische Fiktion spricht von einem Krieg zwischen den USA und Vietnam. Tatsache ist aber, daß die USA einen Aufstand des südvietnamesischen Volkes zu zerschlagen sich bemühen, eine Revolte unter Führung der Vietnamesischen Befreiungsfront gegen das Unterdrückungsregime von Saigon, das von den USA aufgezwungen, gehalten und ausgerüstet wird. Die USA üben in Wirklichkeit die Regierungsgewalt in Südvietnam aus und setzen ihre eigenen militärischen Mittel in einem Unternehmen ein, das sich zusehends zu einem Großkrieg entwickelt. Nordvietnam nahm erst an den Feindseligkeiten teil, als die USA das Land zu bombardieren begannen, um den bevorstehenden Zusammenbruch des Saigon-Regimes aufzuschieben und die Bildung einer neutralistischen Koalition unter Einschluß der Nationalen Befreiungsfront zu verhindern, die dem Krieg ein Ende gemacht hätte.

Präsident Johnsons Weigerung, die Nationale Befreiungsfront als den Gegner anzuerkennen, den er bekämpft und der darum auch an der Friedenskonferenz vertreten sein müßte, entlarvt den Schwindel seiner ‚Friedensoffensive‘ als Propaganda, die er nötig hat, um die öffentliche Meinung auf ein Massaker der Bevölkerung Vietnams vorzubereiten. Wenn nicht die USA ihre militärische Macht einsetzen, um die Bildung einer breit angelegten Koalition von Vertretern der Nationalen Befreiungsfront mit Anhängern des Saigon-Regimes zu verunmöglichen, ginge das Tor zum Frieden bald auf. Die Zulassung einer solchen Koalition wäre ein sehr gewichtiges Argument und dürfte Hanoi überzeugen, daß es nicht wieder betrogen würde und daß diesmal das Versprechen, die Genfer Vereinbarungen durchzuführen, wirklich gehalten werden würde. Auch wenn die erwähnte Koalition ermöglicht würde, so bliebe immer noch der Widerwille (von seiten der Nationalen Befreiungsfront) zu verhandeln unter dem potentiellen Druck sehr starker USA-Militärkräfte, die mit erneuten Kriegshandlungen drohen könnten, falls sich Hanoi nicht bereit erklärte, die Tei-